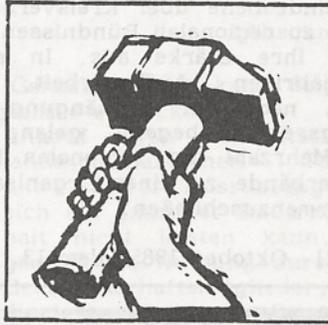


Beschäftigten auskennen. Man muß wissen, wieviele beschäftigt sind und wo die Probleme der Arbeiter/innen sind. Man muß Leute in der Firma kennen, die bereit sind, dort Gewerkschaftsarbeit zu machen bzw. wie in meinem Fall, sie fortzusetzen, innerhalb des Betriebes. Dies sind sozusagen die Kontaktpersonen. Nicht nur innerhalb des Betriebes werden solche Kontaktpersonen gebraucht, sondern auch außerhalb und das sind die eigentlichen Organisatoren, die nicht in den Betrieb reinkommen. Man muß natürlich einiges über die Hintergründe der zu kontaktierenden Person wissen, ihre Persönlichkeit, ihre Adresse und ihre Lebensverhältnisse. Die Organizer treffen sich mit diesen Kontaktpersonen in ihren Wohnungen und sprechen dort über die Verhältnisse und Situation im Betrieb.

Ich hatte Erfahrungen mit solch einer Organisationsarbeit bei einem Betrieb mit 8.000 Beschäftigten, die in drei Schichten arbeiteten. Wegen des Schichtbetriebes muß alles genau geplant werden und es bedeutet, praktisch 24 Stunden am Ball zu bleiben. Angenommen, ein Arbeiter hat von 6

bis 14 Uhr Schicht, so muß mindestens mit einer Kontaktperson schon vor 6 Uhr gesprochen werden bzw. vor dem Betrieb mit mehreren. Was die Leute von der 2. Schicht angeht, so hat man mehr Zeit und kann sie vor der Arbeit zu Hause besuchen. Bei den Leuten, die auf der Nachtschicht gearbeitet haben, kann man erst am späten Nachmittag ankommen, weil die natürlich tagsüber schlafen.



Bei solchen Treffen wird über die grundlegenden politischen und gewerkschaftlichen Probleme in der Form von Schulungen wie auch über die Situation im Betrieb gespro-

chen. Sie müssen sich natürlich auch über die Arbeitsgesetze auskennen, die sogenannten "Batas", die in den Philippinen auch als "Butas" bezeichnet werden, was soviel wie Loch bedeutet und darauf hinweist, daß diese Gesetze den philippinischen Arbeiter/innen nichts nutzen. Nach einer Periode der Schulung mit einer solchen Kontaktperson macht diese weitere Schulungen mit anderen Leuten im Betrieb. Wenn sie etwa fünf oder sechs Personen zusammen haben, kann man von einer aktiven Gruppe im Betrieb sprechen. Es muß von jeder Schicht eine Kontaktperson dabei sein.

Diese Arbeit muß natürlich konspirativ bleiben, besonders, wenn die Gewerkschaft an dem Betrieb noch nicht zugelassen ist bzw. wenn es eine verbotene Gewerkschaft ist. Es muß sozusagen geheim für die Kapitalisten bleiben, aber nicht für die Arbeiter/innen, denn die müssen natürlich mehr über die Bedeutung der Gewerkschaft lernen und wissen.

Zusammenstellung und Übersetzung  
von  
Peter Franke

## Für eine echte Landreform

### Auszüge aus dem Programm der Bauernbewegung der KMP

Das vorliegende Landreform-Minimalprogramm der Bauernbewegung KMP wurde von ihrem Nationalrat am 4. Juni 1986 in Quezon City verabschiedet. Es faßt die wichtigsten Punkte des umfassenderen "Programms für eine echte Landreform" (ebenfalls Juni 1986) zusammen, die unmittelbar verwirklicht werden könnten.

Das Landproblem bleibt bis heute das wichtigste soziale Problem im Land. Millionen von Bauern und Landarbeitern leiden seit mehr als einem Jahrzehnt der Ausbeutung und Unterdrückung durch die Marcos-Diktatur unter Hunger und Armut. Sie sind hauptsächlich deswegen verarmt, weil sie das Land, das sie bearbeiten - die eigentliche Grundlage ihrer Existenz und ihres Lebensunterhalts - nicht besitzen.



Früheren Versuchen einer von der Regierung verordneten Landreform ist es nicht gelungen, den Bauern den Besitz und die Kontrolle über ihr Land zu verschaffen. Dem Landreformprogramm von Marcos, wie auch den vorangegangenen, gelang es nur, die Bauern immer tiefer in den Bankrott zu treiben und ihnen ihr Land zugunsten des multinationalen Agrobusiness und der Busenfreunde des Diktators wegzunehmen.

Die fortdauernde Michachtung des Rechtes der Bauern, das Land zu besitzen auf dem sie arbeiten, hat eine Aufeinanderfolge von ländlichen Unruhen und bewaffneter Rebellion in Gang gesetzt, die sich in den letzten Jahren immer noch weiter ausgebreitet hat.

Mit dem Fall der Marcos-Diktatur und dem Aufstieg einer neuen Regierung hat ein neues Klima von Liberalisierung und demokratischer Reform jedoch die Hoffnung unter den Bauern wachgerufen, das Land, das sie bearbeiten, doch noch besitzen zu können. Aber die neue Regierung muß die Scheinlandreform von Marcos über Bord werfen und ein echtes Landreformprogramm durchführen.

Das Problem des Landbesitzes bleibt ungelöst, weil ausländische Interessen die Unterentwicklung der philippinischen Gesellschaft verewigt haben. Die ausländische Vorherrschaft gründet sich auf die Schwäche der philippinischen Wirtschaft. Und solange die Fesseln der feudalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht gebrochen sind, werden wir weiterhin Lieferanten von Rohstoffen und billigen Arbeitskräften und Abnehmer von importierten Fertigprodukten bleiben. Ohne eine echte Landreform werden wir Sklaven der neokolonialen Vorherrschaft bleiben.

Um die Erfolge des Kampfes des Volkes um Demokratie zu sichern, den Hunger und das Leiden der Bauern zu mildern und die Grundlage für wirtschaftliche Gesundung und Wachstum zu schaffen, schlägt die Kilusang Magbubukid ng Pilipinas (KMP) der Aquino-Regierung

die Annahme ihres Landreform-Minimalprogrammes vor.

- Beschlagnahme aller Ländereien von Marcos und seinen Busenfreunden sowie allen Landbesitzes, der nachweislich durch Täuschung, Einschüchterung und Gewalt den Bauern weggenommen wurde. Wenn diese Ländereien verpachtet sind, sollten sie gemäß Kapitel IV, Artikel I, Abschnitt 1 des Programms von KMP für eine echte Landreform in den Philippinen (PGLRP) ohne Entschädigung verteilt werden.

"Das Verfahren der kostenlosen Landverteilung als zentrales Ziel einer echten Landreform sollte prinzipiell auf allen verpachteten landwirtschaftlichen Ländereien, die Großgrundbesitzern gehören, angewandt werden. Es gibt jedoch Landbesitz, der sofort zur kostenlosen Verteilung vorgesehen werden sollte. Dazu gehören:

- a) große verpachtete Ländereien, vor allem die, welche Marcos und seinen Busenfreunden gehören
- b) unrechtmäßig erworbener landwirtschaftlicher Besitz, der verpachtet ist
- c) verpachteter landwirtschaftlicher Besitz, der an Bankinstitute verpfändet ist und
- d) brachliegender und/oder verlassen landwirtschaftlicher Besitz."

(Kap.VI, Art.1, Abschnitt 1)

"Beschlagnahmte Pflanzungen können entweder den jeweiligen Landarbeitergewerkschaften zur eigenen Verwaltung und Bearbeitung zuerkannt, in Genossenschaftsbetriebe umgewandelt oder von der Regierung übernommen werden. Diese könnte ihrerseits diese Ländereien entweder an landlose Bauern verteilen, die Plantagen als Staatsbetriebe führen, oder in Ausnahmefällen diese Ländereien an geeignete philippinische Unternehmer verpachten, ohne die früheren Rechte der Landarbeiter zu verletzen."

(Kap.VI, Art.1, Abschnitt 3)

- Enteignung aller aufgrund von Hypotheken überschriebenen landwirtschaftlichen Flächen und Verteilung an die Bauern und Landarbeiter entweder in individuelles oder in genossenschaftliches Eigentum

"Landwirtschaftliche Betriebe und Plantagen in körperschaftlichem Besitz, die von Lohnarbeitern geführt werden, sollen beschlagnahmt werden, wenn sich herausstellt, daß sie Marcos oder seinen Gefolgsleuten gehören, oder durch Täuschung, Einschüchterung und Gewalt angeeignet wurden. Plantagen und Betriebe in Firmenbesitz, die an Bankinstitute verpfändet sind, sollen auch enteignet werden, unbeschadet einer möglichen Übereinkunft zwischen der Regierung und den Banken bezüg-

## Wer ist die KMP? (Kilusang Magbubukid ng Pilipinas)

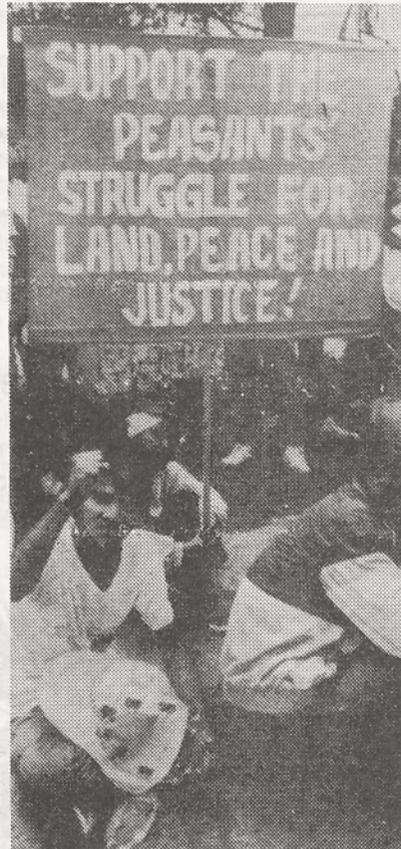
Die philippinische Bauernbewegung KMP wurde am 27. Juli 1985 gegründet. Sie ist ein landesweiter Verband aus 48 regionalen Bauernorganisationen und hat mittlerweile fast 1 Million Mitglieder. Sie erreicht aber ein Mehrfaches an aktiven Bauern und Landarbeitern.

Die Verwurzelung der KMP in der Landbevölkerung, ihr Aufbau von Gemeindeebene über Kreisverbände hoch zu regionalen Bündnissen machen ihre Stärke aus. In einer zehnjährigen Aufbauarbeit, die 1972, nach der Verhängung des Kriegsrechtes begann, gelang es, die Mehrzahl der regionalen Bauernverbände zu einer Organisation zusammenzuschließen.

Am 21. Oktober 1985, dem 13. Jah-

restag der von Marcos verkündeten Landreform, führte die KMP ihre erste nationale Aktion durch: Überall in den Stadtzentren demonstrierten tausende von Bauern und machten auf die Ursachen ihrer Probleme aufmerksam - die ungleiche Verteilung des Bodens!

Die KMP veranstaltet Bildungskurse, Versammlungen und Konferenzen; sie unterstützt Selbsthilfeprojekte und kulturelle Veranstaltungen und organisiert Massenaktionen. Sie sieht sich eingebettet in den Befreiungskampf des philippinischen Volkes, wobei ihre Hauptaufgabe die Organisierung der Bauern und die Ermöglichung großer landesweit koordinierter Kampagnen ist.



Forderungen von demonstrierenden Bauern

lich einer Entschädigung, vorausgesetzt die Transaktionen sind frei von Manipulationen und Betrug."

(Kap.VI, Art.1, Abschnitt 13)

- Kostenlose Zuteilung von 20% der Plantagenbetriebe an die Landarbeiter zu ihrer Nutzung als Gemeinschaftsfelder für Nahrungsmittelproduktion

"Andere landwirtschaftliche Betriebe oder Plantagen in körperschaftlichem Besitz, die nicht unter die vorangehenden Bestimmungen fallen, sollen begutachtet werden und können entweder unter die Landreform fallen oder in der bisherigen

Form weiter produzieren. Die Eigentümer werden jedoch gehalten, 20% der Plantage den Landarbeitern zur Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung zu stellen. Im Falle von Kokosnußpflanzungen sollte Mischanbau mit anderen Kulturen eingeführt werden. Bei Plantagen, die Zuckerrohr, Kaffee, Ananas usw. produzieren, sollten auch 20% des Landes unter die Kontrolle der Landarbeitergewerkschaft gestellt werden."

(Kap.VI, Art.1, Abschnitt 17)

- Senkung der Pacht bei allen Kulturen und Abschaffung des Wuchers

Artikel 2: Senkung der Pacht  
"Als generelle Richtlinie sollte eine Herabsetzung der Pacht in verpachteten Ländereien nur als Anfangsschritt zur endgültigen kostenlosen Verteilung dieser Ländereien an die Pächter verwirklicht werden."

(Abschnitt 1)

"Das Programm zur Senkung der Pacht kann auf zwei Arten durchgeführt werden:

- a) Senkung der zur Zeit geltenden Sätze, die vom Pächter an den Großgrundbesitzer gezahlt werden um 50%;
- b) Senkung der Pacht auf nur 10% der Netto-Ernte nach Abzug aller angefallenen Betriebskosten."

(Abschnitt 3)

Artikel 4. Ausrottung des Wuchers und anderer feudalistischer Übel

"Die erwartete Steigerung des Einkommens der Bauern als Folge der kostenlosen Landverteilung, landwirtschaftlicher Zusammenarbeit und der Kontrolle der Bauern über ihre Produktion wird auf lange Sicht den Wucher ausrotten. Zuvor könnte dem Wucher durch folgende Maßnahmen begegnet werden:

- a) Begrenzung der Bank- und

Staatszinssätze auf nur 15% pro Jahr und leichterem Zugang der Bauern zu diesen Kreditmöglichkeiten;

- b) Senkung der aktuellen und effektiven Zinssätze, die von örtlichen Geldverleihern verlangt werden um 30%;
- c) Verhandlungen über Umschuldungen auf der Grundlage der Zahlungsfähigkeit der Bauern;
- d) Motivation der Bauern zum Sparen;
- e) Entwicklung der Fähigkeit von Genossenschaften zu Geldverleih-Aktivitäten;
- f) Liberalisierung der Kreditpolitik im Sinne von:
  - Erhöhung der Beträge für Darlehen an die Bauern;
  - Abschaffung von Darlehen, die an den Gebrauch bestimmter Anbautechnologien oder die Zwangsmitgliedschaft in staatlichen Bauernorganisationen gebunden sind;
  - Abschreibung von nicht zurückgezahltem Darlehen und Nichtberechnung alter Schulden bei der Vergabe neuer Darlehen

(Abschnitt 1)

"Die jeweilige Bauernorganisation oder Genossenschaft sollte ermächtigt werden, Schuldvereinbarungen zwischen Großgrundbesitzern und anderen Geldverleihern auf der einen Seite und den verschuldeten Bauern auf der anderen Seite zu prüfen und notwendige Korrekturen vorzunehmen, wenn die Vereinbarungen sich als wucherisch erweisen."

(Abschnitt 2)

"Bei der Festsetzung der Netto-Ernte auf verpachtetem Land sollten Maßnahmen getroffen werden, die verhindern, daß die Großgrundbesitzer die Pacht erhöhen, indem sie ihre eigenen landwirtschaftlichen Ausgaben zu hoch und die der Pächter zu niedrig ansetzen."

(Abschnitt 3)

- Begrenzung der Fläche für den Anbau von Exportprodukten (wie Ananas und Bananen) und Umstellung solcher Ländereien für die Produktion von Grundnahrungsmitteln

"Auf der Fläche, die für Exportanbau genutzt wird, sollten angesichts der schwindenden Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte Anpassungen vorgenommen werden. Überschüssige Flächen unter Kulturen wie Zuckerrohr oder Kokosnuß sollten den Landarbeitergewerkschaften übergeben oder kostenlos an Landarbeiter und landlose Bauern verteilt werden, damit sie sie auf den Anbau von Grundnahrungsmitteln umstellen können."

(Kapitel VI, Art.1, Abschnitt 18)

- Förderung der landwirtschaftlichen Zusammenarbeit und Schutz

der Rechte der Landarbeiter, Landfrauen, Siedler und nationalen Minderheiten

"Bauernvereinigungen sollten entweder selbst direkte Genossenschaftsfunktionen übernehmen oder Genossenschaften sollten als eigene Organisationen in enger Verbindung mit diesen Vereinigungen eingerichtet werden. Alle Bauern eines Barrios können Mitglieder der Genossenschaft werden, aber Vorrang sollte den landlosen Bauern, Pächtern und Kleinbauern gegeben werden."

(Abschnitt 2)

Die Genossenschaft kann folgende Programme entwickeln:

- "a) Ankauf von Arbeitstieren, landwirtschaftlichen Geräten und anderer Ausrüstung, die sich ein einzelner Bauernhaushalt nicht leisten kann, für gemeinsame Nutzung durch die Genossenschaftsmitglieder;
- b) Einrichtung eines Genossenschaftsladens für die wichtigsten Waren und landwirtschaftlichen Produktionsmittel, die aufgrund von Mengeneinkauf zu günstigen Preisen an die Bauern weiterverkauft werden können;
- c) Untersuchung und Entwicklung von zusätzlichen Einkommensmöglichkeiten für die Bauern;
- d) Kauf und Lagerung von Medikamenten und Bereitstellung von ärztlichen und zahnärztlichen Diensten;
- e) Unterstützung von Bildungs-, Kultur- und anderen Aktivitäten der Bauernvereinigung;
- f) Aufbau von alternativen Kreditmöglichkeiten;
- g) Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte;
- h) Entwicklung der lokalen Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten, einschließlich klei-

ner und angepaßter Infrastruktur;

- i) Einstieg in die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte."

(Abschnitt 4)

"Die Regierung sollte den Genossenschaften angemessene Hilfestellung geben durch:

- a) Vergabe von Darlehen zu niedrigen Zinssätzen, um das Anfangskapital der Genossenschaften aufzustocken und ihre Projekte finanzieren zu helfen;
- b) Bereitstellung von kostenlosen Ausbildungsdiensten und Möglichkeiten für Projektentwicklung, Genossenschaftsverwaltung, Forschung und andere;
- c) Bereitstellung von kostenlosen Beratungsdiensten;
- d) Bereitstellung von Subventionen durch angemessene Interventionspreise für landwirtschaftliche Produkte und Steuerbefreiungen."

(Abschnitt 5)

Artikel 5: Verbesserung der Bedingungen der Landarbeiter:

"Die Bemühungen von Landarbeitern, in kapitalistischen Plantagen Gewerkschaften aufzubauen, ihre demokratischen Rechte zu verteidigen und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu erkämpfen, sollten voll unterstützt werden."

(Abschnitt 1)

"Bessere Arbeits- und Lebensbedingungen sollten unter anderem folgendes einschließen: Sicherheit des Arbeitsplatzes, gerechte Löhne, Bezahlung von Überstunden und Akkordzulagen, angemessene Arbeitsplatzausstattung, bessere Wohnbedingungen, bezahlter Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Mutterschutz und



Nabreisanbau mit Wasserbüffeln

Vaterschaftsurlaub, Kindertagesstätten, kostenlose Gesundheitsdienste, Stipendien für die Kinder der Arbeiter, Beihilfen bei Tod und Unfällen, usw." (Abschnitt 2)

Artikel 7: Schutz der Rechte der nationalen Minderheiten

"Die angestammten Landrechte der nationalen Minderheiten sollten unterstützt und geschützt werden. Allen Arten von Landraub sollte nachdrücklich entgegengetreten werden; Landgesetze, die gegen die Integrität des angestammten Landbesitzes verstoßen, außer Kraft gesetzt oder zum Vorteil der Minderheiten verändert werden." (Abschnitt 1)

Schutz der Rechte der Landfrauen und Kinder

## Das Mendiola-Massaker Brief eines philippinischen Freundes

Manila, den 25. Januar 1987

Liebe Freundinnen und Freunde, fünfzehn Tote, achtzehn schwer Verwundete, hunderte Verletzte und viele galten nach der Demonstration auf der Mendiola-Brücke in der Nähe des Malacanang-Palastes als vermißt. Diese Zahlen schockierten alle von uns, insbesondere weil sich dies 1987, elf Monate nach dem Volksaufstand im Februar 1986 ereignete, unter der Regierung von Frau Cory Aquino also, der nachgesagt wird, daß unter ihr ein "demokratischer Raum" existiere.

Ich befand mich zu der Zeit des Vorfalls am 22. Januar 56 km entfernt von Manila. Erst am folgenden Tag erfuhr ich davon und war erschüttert - dies ist ein Massaker. Diejenigen meiner Freunde, die an der Demonstration teilnahmen, erzählten mir, daß sie keineswegs das Geschehene erwartet hätten. Gerade als der Demonstrationzug sich friedlich der Mendiola-Brücke näherte, waren Schüsse zu hören. Alle duckten sich so tief wie möglich auf den Boden. Als sie die Scharfschützen bemerkten, die oben von den Gebäuden schossen, liefen sie so schnell wie möglich weg. Das Militär verfolgte sie aber, schoß auf sie und schleuderte ihnen Gasgranaten entgegen.

Die Demonstranten versuchten, sich erneut auf der Placa Bonifacio einen km entfernt zu formieren, als Zivilisten, Agenten oder Militär ohne Uniform, erneut auf sie schossen und Tränengas einsetzten. Die ganze Nacht über war man damit beschäftigt zu prüfen, ob alle Be-

"Die weiblichen Landarbeiter sind doppelt ausgebeutet: als Lohnarbeiter und aufgrund ihres Geschlechts. Sie werden diskriminiert bei den Löhnen und den Anstellungsmöglichkeiten. Oft gibt es keine Sozialleistungen wie Mutterschutzurlaub, Gesundheitsdienste und Kindertagesstätten. Daraus ergibt sich eine extreme Marginalisierung der Landarbeiterinnen. Die Diskriminierung und Unterdrückung der Landarbeiterinnen muß ausgemerzt werden. Es muß ausdrücklich gesetzliche Bestimmungen für das Recht der Bäuerinnen und Landarbeiterinnen geben auf gerechten Lohn, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gleichberechtigte Mitentscheidung über die Zahl der Kinder, Priorität bei Anstellungsmöglichkeiten, Arbeitsplatzsicherheit, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz." (Kap.IV, Artikel 5, Abschnitt 3)

"Die Kinderarbeit ist weit verbreitet auf dem Land, als Resultat der Armut und in Abwesenheit von gesetzlichen Beschränkungen dieser ausbeuterischen Praxis. Die Kinderarbeit sollte abgeschafft und die Rechte der Kinder auf angemessene Ernährung, Erholung und Bildung unterstützt werden." (Kap.IV, Artikel 5, Abschnitt 4)

(Die vollständige Übersetzung des Landreform-Minimalprogramms ist über die Aktionsgruppe Philippinen erhältlich)

teiligten der Gruppe "Wissenschaft und Technologie" wohltauf waren. Niemand unserer Gruppe wurde verwundet oder getötet.

Die Antwort der Regierung auf diesen Vorfall bestand darin, eine 'Mendiola Kommission' einzusetzen, die herausfinden sollte, wer den ersten Schuß abgab, das Militär oder die Demonstranten! Dies ist geradezu lächerlich. Wie können die Demonstranten schießen, wenn sie gar kein Gewehr haben? Der Fernsehbericht über den Vorfall zeigte deutlich, wie das Militär die Gewehre auf die Demonstranten richtete. Was kann also eine Untersuchung dieses Vorfalls bringen? Das etwa das Militär durchgedreht ist? Verfluchte Scheiße! Gemäß unserer Erfahrungen mit Demonstrationen und anderen Massenaktionen gibt das Militär nicht einen einzigen Schuß ab, selbst bei starker Provokation durch die Demonstranten nicht, es sei denn, sie werden von den Offizieren ausdrücklich dazu aufgefordert werden.

Es gibt eindeutige Beweise dafür, daß dies vorsätzlich und geplant geschehen ist. Woher wir das wissen? Normalerweise wird bei einer Auflösung der Demonstration zunächst verhandelt, dann nach Ablauf eines Ultimatums Wasserwerfer und schließlich Tränengas eingesetzt, schließlich erfolgt der Knüppelinsatz durch das Militär und erst dann wird geschossen. Bei dieser Demonstration aber schoß das Militär sofort ohne eine Warnung oder ähnliches.

Viele sagten, daß dies hätte vermieden werden können, wenn die Demonstranten, mehrheitlich Bau-



ern, mit unserem Landreformminister Alvarez gesprochen hätten. Die Bauern hätten zunächst mit ihm verhandeln und nicht irgendwelche Aktionen starten sollen. Die Bauern sollten sich ebenso bemühen zu verstehen, daß die Präsidentin sehr beschäftigt ist und nicht überall anwesend sein kann. Wißt ihr, die Bauern haben beinahe eine Woche lang vor dem Landwirtschaftsministerium (Ministerium für Landreformen) kampiert. Zweimal haben sie um ein Gespräch mit der Präsidentin gebeten, im Oktober und Juni 1986. Aber die Präsidentin hat nicht mit ihnen gesprochen. Es ist schon lachhaft, daß die Präsidentin für Gespräche mit dieser und jener Berufsorganisation Zeit findet, an dieser und jener Konferenz teilnehmen kann, für Photos im Time Magazine posiert und daß dennoch behauptet wird, daß sie keine Zeit habe, mit den Bauern, die 70% der Bevölkerung ausmachen, zu sprechen.

## Am Anfang war der Stamm Die EG auf den Philippinen

Anfang April soll in Brüssel über ein Projekt entschieden werden das als "Central Cordillera Development Project - EEC" firmiert.

Der Plan: Im Norden der Philippinen-Insel Luzon sollen die bislang von westlicher Entwicklung weitgehend unberührt gebliebenen Einwohner des Cordillera-Bergmassivs neue Felder, neue Produkte, neue Straßen und Bewässerungsanlagen bekommen. Das Ziel: der Anschluß an die Moderne, die Neue Gesellschaft. Der Schönheitsfehler: Bei der Erarbeitung der Projektpläne wurden die "zu Entwickelnden" selbst nicht gehört.

Die Bewohner der philippinischen Bergregion wissen, was für sie "Entwicklung" bedeutet. In einem Dokument, das zu dem, durch den EG-Beauftragten Buchmann entwickelten Plan Stellung bezieht, schreiben sie:

"Entwicklung ist zuerst die Entwicklung von Menschen unter Mitwirkung der Organisationen, die an der Basis gegründet wurden. Volksorganisationen, wie sie in der vorgeschlagenen Verfassung vorgesehen sind, sind bei der Formulierung und Durchsetzung von Entwicklungsplänen notwendig. Die Volksorganisationen müssen ein gewisses Maß an sozio-politischer Einheitlichkeit darstellen, um in dem Entwicklungsprozeß wirksam mitarbeiten zu können. Entwicklung darf weder soziale Ungleichheit schaffen noch sie bestärken, sondern muß sich am Ziel sozialer Gerechtigkeit ausrichten. In diesem Zusammenhang müssen die materiellen Res-

ourcen, besonders das Land, unter der Kontrolle der betroffenen Bevölkerung stehen.

Selbstbestimmung ist beides, ein wichtiges Kriterium und Ziel von Entwicklung. Nationale Hilfsweisen und Außenhilfe, die an uns herangetragen wird, soll so ausgerichtet sein, daß sie zur Erreichung dieses Zieles dient.

Entwicklung muß die natürliche Umgebung erhalten und verbessern, die die natürliche Basis für das Leben der Bevölkerung ist. Von daher bleibt eine ausgewogene Ökologie das Hauptziel für die Gegend.

Als Bedingung, unter der man sich dem Projekt nähern und die Kontinuität des Projektes gewährleisten kann, gilt ein gründliches Verstehen und Nutzen der bestehenden lokalen Strukturen und Institutionen. Dies muß Vorrang vor all jenen Ansätzen haben, die von außen durch das Programm eingeführt werden." (CNGO12/86)

Die 130 Organisationen, in denen sich unter dem Namen "Cordillera People's Alliance" ein großer Teil der Bergbevölkerung zusammenschlossen hat, formulieren dieses Verständnis von "Entwicklung" und ihre Gegenvorschläge nicht ohne Erfahrung.

Alles das, was ich nun gegenüber der Regierung empfinde, ist Ekel; es ist angeblich eine liberale Regierung, die einen mutmaßlichen demokratischen Handlungsspielraum eröffnet - wo ist er? Ich glaube, daß die Regierung dem Volk nun den Rücken zugekehrt hat, die angebliche Pro-Volksorientierung ist ein bloßes Lippenbekenntnis.

Sie hat weder die Forderungen des Volkes nach Landreform noch nach Arbeit verfolgt. Wenn man davon ausgeht, daß die Forderungen der Bauern nach Landreform, Arbeit, Freiheit und Demokratie legitim sind, ist die Anwendung von Gewalt gegen diese Forderungen ungerecht.

Meiner Ansicht nach ist diese Regierung dieselbe Regierung der Elite, die die Februarrevolution zu stürzen glaubte. Mehr und mehr macht sie sich zum Bündnispartner der Rechten.

Beim letzten Mal - noch zu Zeiten des Marcos-Regimes - sollte im Namen der "Entwicklung" Strom erzeugt werden. Tatort war wiederum die Region der Cordilleren, durch die der Chico River fließt, an dessen Steilhängen die Bevölkerung nicht nur siedelt, sondern auch seit Generationen ihre komplizierte Reisanbautechnik betreibt, bei der das Wasser der Bergflüsse in vererbter Verfahrensweise auf die berühmten Terrassenfelder geleitet wird. Ein malerisches Bild seit eh und je. In allen Touristenführern, die über die Philippinen zu haben sind, fand ihr Bild Eingang. Vier Staudämme sollten nunmehr die Wasserkraft des mächtigen Stromes dem "Fortschritt" dienlich machen. Ein gigantisches Projekt, das zum größten Staudammvorhaben Asiens avancierte. Der Strom sollte der um Manila angesiedelten Industrialisierung des Landes nutzen. Finanziert wurde das Ganze durch die Weltbank. Schon damals war klar, daß unter dem Strich die Entwicklung für viele Bergbewohner bedeuten würde, daß nicht nur die Gräber ihrer Vorfahren unter der Oberfläche des 140.000 ha großen Staubeckens bleiben würden, sondern auch 16 Dörfer der Kalingas und Bontocs (rd 100.000 Einwohner), 2000 bewässerte Reisterrassen und weitere 2500 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche.

Das Chico Projekt, bei dem auch die Frankfurter Consulting Firma Lahmeyer beteiligt war, scheiterte



Reisterrassen in den Cordillera (Nord-Luzon)